

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 24. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 04. Februar 2014, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

---

#### Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- |                          |                |
|--------------------------|----------------|
| Jürgen Arnold            |                |
| Moritz Arnold            | (entschuldigt) |
| Hans Bausch              |                |
| Anneliese Bork           |                |
| Michael Fischer          |                |
| Dagmar Gebauer           |                |
| Sebastian Gebauer        |                |
| Renate Geiselbrechtinger | (entschuldigt) |
| Axel Globuschütz         |                |
| Dr. Michaela Goll        |                |
| Dieter Haggenmüller      |                |
| Dirk Hansmann            | (entschuldigt) |
| Volker Heine             |                |
| Iskender Isikci          |                |
| Timo Klös                |                |
| Gisela Koch              |                |
| Gudrun Lang              |                |
| Harald Liebermann        | (entschuldigt) |
| Franziska Lodde          |                |
| Hendrik Lodde            |                |
| Antje Markgraf           |                |
| Uwe Markgraf             | (entschuldigt) |
| Burkhard Nöh             |                |
| Matthias Spangenberg     | (entschuldigt) |
| Dr. Christof Schütz      |                |
| Werner Schwarz           |                |
| Tim-Ole Steinberg        |                |
| Eva Steinmetz            |                |
| Thomas Utschig           |                |
| Fabian Wedemann          |                |
| Wolfgang Weiß            |                |
| Horst Weitze             | (entschuldigt) |
| Michael Wolter           |                |
| Dr. Heinz-Lothar Worm    |                |
| Metin Yildiz             |                |
| Marga Zoller             |                |
- c) Magistrat:
- |                                |
|--------------------------------|
| Bürgermeister Jörg König       |
| Erster Stadtrat Norbert Arnold |
| Stadtrat Thomas Altenheimer    |
| Stadträtin Petra Braun         |
| Stadtrat Wolfgang Gath         |
| Stadtrat Reinhold Krapf        |
| Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe |

d)	Ausländerbeiratsvorsitzender:	Dr. Ehsan Sadeghian
e)	Verwaltung:	Hans-Ulrich Heymann Frank Hölzel
f)	Presse:	Herr Agel, Gießener Allgemeine Frau Beutelspacher, Gießener Allgemeine Herr Weißenborn, Gießener Anzeiger
g)	Zuhörer:	4
h)	Protokollführerin:	Renate Wolf

## Zu TOP 1

### **Berichterstattung durch den Magistrat**

#### Rad- und Fußweg Leihgestern – Gießen

Der Auftrag für die Anlegung des Rad- und Fußweges ist von hessenmobil erteilt worden; ebenso die als notwendig erachtete Untersuchung des Geländes nach Fliegerbomben. Anfang April soll im Bereich des Oberhofs mit den Bauarbeiten begonnen werden.

#### Freiwilliger Polizeidienst

Am kommenden Dienstag, dem 11. Februar 2014, wird die Einweisung der Polizeihelfer des Freiwilligen Polizeidienstes bei der Stadt Linden erfolgen. Die Einführung dieser Polizeihelfer ist dann zwei Tage später, am 13.02.2014, in Heuchelheim durch Staatssekretär Koch.

#### Kindergarten Regenbogenland

Diese Baumaßnahme bewegt sich im vorgegebenen Kostenrahmen. Wie schon beim Evangelische Kindergarten der Fall, bestehen auch hier Probleme bei der Trocknung des eingebrachten Estrichs. Es wird aber möglich sein, den Kindergarten Anfang April einzuweihen und zuvor einen Tag der offenen Tür durchzuführen.

#### Sanierung Evangelischer Kindergarten Leihgestern

Die Sanierungsarbeiten im Kindergarten sind soweit fortgeschritten, dass in der ersten Hälfte des Monats März mit dem Umzug aus dem Gemeindehaus begonnen werden kann. Die Jugendwerkstatt wird in der nächsten Woche die Küche und die Garderoben montieren. Die sanitären Anlagen sind fertig gestellt. Die Außenanlagen und die Parkplätze werden derzeit angelegt.

#### Kunstleitpfosten

Die Stadt Linden hat sich, wie auch viele andere Umlandkommunen Gießens, an der Aktion „Kunstleitpfosten“ der diesjährigen Landesgartenschau beteiligt. Rund 150 dieser Pfosten wurden von den Kindergärten, Schulen und der Generationenbrücke fantasievoll gestaltet. Nachdem diese Pfosten erst wenige Tage im Stadtbereich aufgestellt sind, wurde bereits der erste Pfosten im Bereich der Wiesengrundschule mutwillig beschädigt.

Zum Bericht des Magistrats ergeben sich folgende Wortmeldungen:

#### Freiwilliger Polizeidient

Stadtverordnete Lang möchte wissen, ob dessen Aufgaben genau definiert sind.

Laut Bgm. König könne man dies nicht so genau festlegen; je nach Bedarf müsse der Einsatz erfolgen. So könne ggf. z.B. schon nach dem 11.02 und den heute zu fassenden Beschlüssen ein Einsatz im Bereich der Grube Fernie erfolgen.

#### Radweg Leihgestern - Gießen

Stadtverordneter Heine fragt nach Vollsperrungen und vorgesehenen Umleitungen.

Laut Bgm. König ist die Stadt bei diesen Planungen nicht bis ins Detail eingebunden. Eine Vollsperrung müsse bei der Herstellung der Amphibientunnel erfolgen und eine weitere Vollsperrung bei der Errichtung der Querungshilfe im Bereich Hochhaus/Gießener Straße/Waldstraße.

Stadtverordneter Dr. Schütz findet den Arbeitsbeginn im Hinblick auf die Brutzeiten der Vögel etc. nicht sinnvoll. Wurde dies mit Förster Sennstock abgesprochen; nicht dass erst im August begonnen werden könne.

Laut Bgm. König sind hier besondere – auch kostenintensive - Sicherungsmaßnahmen zu treffen; dies werde hessenmobil auch tun.

Stadtverordneter Heine regt an, auf den Lückenschluss zwischen Lada Weis und dem Hochhaus aufmerksam zu machen. Hier sollte hessenmobil ebenfalls um eine Lösung bemüht sein.

Bgm. König wird sich darum kümmern.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

### **Zu TOP 2**

#### **Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2014**

##### **- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 91/11/16 –**

Bgm. teilt mit, dass die Betriebskommission beraten und einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 91/11/16 (Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2014) ergibt einstimmige Annahme.

### **Zu TOP 3**

#### **Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2014**

##### **a) Haushaltssatzung**

##### **b) Stellenplan**

##### **c) Haushalt**

##### **d) Haushaltssicherungskonzept**

##### **- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 91/11/16 -**

Bgm. König erklärt, dass über einen HH selten so lange diskutiert wurde wie in diesem Jahr. Die Diskussionen seien davon geprägt, dass keine großen Sprünge gemacht werden können. Im Gegenteil, ein HH-Sicherungskonzept muss angefügt werden.

Man sei ursprünglich von Abschreibungen in Höhe von ca. 407.000,00 € ausgegangen. Inzwischen liegen jedoch Schätzungen dahingehend vor, dass sich dieser Betrag fast verdoppeln wird. Er unterbreitet daher den Vorschlag, in den HH für die Abschreibungen 800.000,00 € einzustellen. Aber auch hierbei handle es sich nur um einen Schätzbetrag.

Stadtverordnete Lodde führt aus, dass diese Erhöhung nachvollziehbar begründet wurde und daher werde dem HH zugestimmt.

Die Ausschüsse Bau, Planung und Umwelt und Jugend Soziales, Sport und Kultur haben gemeinsam beraten und zu den Punkten a), b) und c) jeweils mit 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat wie folgt abgestimmt:

zu a) Haushaltssatzung

Bei 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen wurde Beschlussempfehlung ausgesprochen.

zu b) Stellenplan

Es wurde einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

zu c) Haushalt

Es wurde bei 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

zu d) Haushaltssicherungskonzept

Es wurde bei 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 91/11/16 allgemein ergab bei 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordneter Fischer erklärt anknüpfend an die Abstimmungsergebnisse des Haupt- und Finanzausschusses, dass er die drei Änderungsanträge heute noch einmal einbringt und bittet aufgrund der Änderungen mitzuteilen, inwieweit sich die Satzung (andere Werte) ändert und welche Positionen im HH von den Änderungen betroffen sind.

Stadtverordneter Fischer bringt den Änderungsantrag „Teilergebnishaushalt Kostenstelle 06450199 Jugendpflege allgemein“ (Einstellung von 20.000,00 €) ein und erläutert ihn.

Stadtverordneter Nöh kann zwar dessen Ausführung folgen, aber nicht erkennen, wie dieser Betrag zu Stande gekommen ist. Der Betrag von 5.000,00 € wurde mit der Jugendvertretung zusammen festgelegt und kann auch bei Bedarf noch erhöht werden.

Stadtverordnete Lodde schließt sich ihrem Vorredner an und weist auf die angespannte HH-Lage hin. Da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt, sollten die Kosten nicht unnötig angehoben werden.

Auf eine Aussage des Stadtverordneten Nöh erwidert Stadtverordneter Fischer, dass man gerade deswegen einer Reduzierung auf 10.000,00 € zugestimmt habe.

Die Abstimmung über den auf 10.000,00 € reduzierten Änderungsantrag ergibt folgendes Ergebnis: Bei 11 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Die Abstimmung über die Einstellung von 5.000,00 € ergibt bei 25 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen Annahme des Antrages.

Stadtverordneter Fischer bringt den zweiten Änderungsantrag ein („Teilergebnishaushalt Kostenstelle 08560201 Stadthalle“ - Einstellung von 10.000,00 € Planungskosten für energetische Maßnahmen) und erläutert auch diesen ausführlich.

Stadtverordnete Lodde erklärt, dass zwischenzeitlich das Blockheizkraftwerk in Betrieb genommen wurde und diverse Zeitschaltuhren eingebaut wurden; man sei also schon Energiesparend tätig geworden. Jetzt könne man den Bericht für 2013 abwarten; dieser werde sicher weitere Einsparungen ausweisen und außerdem sei die Stundenerhöhung für diesen Bereich innerhalb der Verwaltung ausreichend.

Stadtverordneter Dr. Schütz kann diese und auch schon im Ausschuss geführte Diskussion nicht nachvollziehen; seiner Meinung nach werde weiterhin die Luft geheizt. Er bittet um eine weitblickendere Entscheidung.

Stadtverordnete Lodde betont, dass eine umfassende energetische Sanierung der doch schon sehr alten Stadthalle wesentlich teurer werde und daher sei der Ansatz sehr zweifelhaft.

Stadtverordneter Bausch erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Die Ergebnisse der Auswirkungen des neuen Blockheizkraftwerkes und insgesamt den Energiebericht 2013 sollte man abwarten.

Stadtverordneter Dr. Schütz kann nicht nachvollziehen, dass solche Aussage zur Stadthalle getätigt wurde („diese sei so marode und wäre folgedessen besser abzureisen“). Gerade dafür sollen diese Gelder eingestellt werden, um eine derartige Aussage treffen zu können.

Stadtverordneter Fischer schließt sich seinem Vorredner an. Es gehe nicht darum, was kostet die komplette Sanierung der Stadthalle, sondern was rentiert sich noch zu ändern.

Hierauf entgegnet Stadtverordneter Gebauer, dass man kein Experte sein muss, um zu sagen wie viel Geld man in eine 30 Jahre alte Halle stecken muss. Daher könne der Antrag nur abgelehnt werden.

Also könne man weiterhin Energiekosten in die Luft blasen, so Stadtverordneter Fischer.

Stadtverordnete Dr. Schütz ist der Meinung, dass man eine professionelle Expertise benötige, um grundsätzlich eine derartige Aussage treffen zu können.

Bgm. König teilt mit, dass der Erster Stadtrat vorgeschlagen habe, dass der Berater von Hessenenergie im Rahmen seines Energieberichtes 2013 hierzu eine Aussage treffen könne.

Stadtverordneter Fischer bezweifelt, dass dies ohne Honorar getätigt wird; gerade deswegen solle das Geld eingestellt werden.

Auch Stadtverordneter Dr. Schütz findet diese Idee vernünftig. Allerdings habe man ein Problem, wenn Herr Zielke von Hessen Energie dann doch ein Honorar verlange; daher ist auch er für die Einstellung des genannten Betrages.

Stadtverordneter Lodde erklärt, dass es bisher üblich war, dass Herr Zielke im Ausschuss Rede und Antwort gestanden hat und dies habe auch keine neue Rechnungsstellung ausgelöst.

Laut Stadtverordnetem Fischer geht es nicht darum, dass etwas im Ausschuss erläutert wird. Es müsse eine genaue Gegenüberstellung erfolgen, was rentabel sei und was nicht, was das Ganze dann koste und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Bei Gegenstimmen der Fraktionen CDU und FW und Enthaltung der FDP wird der Antrag abgelehnt.

Stadtverordneter Globuschütz bittet trotzdem den Bürgermeister darum, den Energieberater diesbezüglich zu befragen.

Stadtverordneter Fischer bringt den Änderungsantrag zum Baugebiet Nördlich Breiter Weg ein und begründet auch diesen kurz. Hier gehe es nicht darum, ob das Gebiet erschlossen werde, sondern dass es von der Stadt erschlossen und auch vermarktet werde, da keine weiteren städtischen Baugebiet mehr vorhanden seien.

Stadtverordneter Gebauer kann diese Ausführungen teilweise nachvollziehen, da aber überhaupt noch nicht feststehe ob Stadt oder Investor tätig werden, benötige man diese Gelder nicht. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Bgm. König führt aus, dass die Hess. Landgesellschaft das Gelände aufgekauft habe und dafür seit dem Zinsen angefallen sind. Diese sind in den Verkaufspreis mit einzurechnen, wodurch sich dieser erhöht. Darüberhinaus müssen für die Erschließung Dienstleistungen eingekauft werden; auch dies erhöhe den Verkaufspreis. Sollte man zu dem Ergebnis kommen, dass es besser durch einen Investor erschlossen und vermarktet werde, kann die Stadt auch Veräußerungsregularien festlegen.

Stadtverordneter Heine fragt nach, ob bekannt ist, ob die Stadt Linden im Baugebiet „In der Imsbach“ Gewinn oder Verlust gemacht hat. Es gebe einen Beschluss, dass die Stadt Linden nur Baugebiet ausweise, wenn sie Eigentümer der Fläche sei. Aus diesem Grund werde der Antrag befürwortet. Sollte dennoch ein Investor zum Zuge kommen, könne dieser die 30.000 € der Stadt erstatten.

Bgm. König erklärt hierzu, dass in diesem Baugebiet eine andere Situation vorlag; dort haben die Grundstücke schon der Stadt gehört und die Universität hat kurzfristig und völlig überraschend die Pacht gekündigt. Dort hatte man nicht diese Belastungen wie im Baugebiet Nördlich-Breiter Weg.

Stadtverordneter Fischer gibt zu bedenken, dass ein Investor wesentlich höhere Verkaufspreise verlange als die Stadt. Außerdem habe die Stadt doch damals die Hess. Landgesellschaft mit dem Ankauf für die Stadt beauftragt und nun solle ein Investor die Grundstücke bekommen.

Stadtverordneter Bausch entgegnet zu Stadtverordnetem Fischer, dass er die Idee mit dem Investor sehr gut finde. Eine Erschließung durch die Stadt sei viel teurer; daher sei der Antrag nicht erforderlich.

Stadtverordneter Fischer möchte sich nicht mit fremden Lorbeeren schmücken und erklärt, dass Bgm. König den Investor als erster ins Spiel gebracht habe.

Bgm. König erklärt, warum er dies damals so erklärt habe. Nun habe man noch einmal die Zahlen überprüft und dabei den ein oder anderen Denkfehler gefunden. Es müsse sicher noch einige Zeit darüber diskutiert werden, bevor man genauere Aussagen treffen könne. Derzeit herrscht die Meinung vor, dass es besser sei über einen Investor zu erschließen.

Bei 11 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend erfolgt die gemeinsame Diskussion über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 91/11/16.

Stadtverordneter Fischer bemängelt, dass jetzt nicht mehr über die Ursprungsvorlage abgestimmt werden kann, da zuvor Änderungen beschlossen wurden, die sich auf den HH und die Satzung auswirken. An erster Stelle sind hier die Abschreibungen zu nennen. Die angekündigten Änderungen verlangen seiner Meinung nach ein Verschieben der Abstimmung.

Stadtverordnetenvorsteher Burkart unterbricht die Sitzung.

Nach der Sitzungsunterbrechung teilt er mit, dass seitens der Verwaltung gerade eine entsprechende neue Vorlage erstellt wird. Inzwischen kann man aber mit der Tagesordnung fortfahren.

Stadtverordneter Fischer führt aus, dass sich das Ergebnis des HH nach diesen Diskussionen nicht mehr so überraschend darstellt. Dem Stellenplan wird zugestimmt und die restlichen Punkte der Magistratsvorlage werden abgelehnt. Er erläutert kurz die Gründe hierfür. Er lobt aber auch die Arbeit des Kämmerers und der gesamten Finanzverwaltung. Insgesamt bleibt jedoch immer noch festzustellen,

dass keine ausreichende Beratungsgrundlage vorhanden ist. Er erinnert noch einmal an § 10 Abs. 2 GemHVO, wonach Schätzen, wenn sie denn vorgenommen werden müssen, so sorgfältig als möglich zu erfolgen haben und daran bestehe erheblicher Zweifel. Er geht auch noch näher auf das Haushaltssicherungskonzept ein.

Stadtverordneter Dr. Schütz schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an.

Insgesamt habe man während der Beratungen auf alle Fälle zwei Erfahrungen gemacht. Die positive Erfahrung ist, dass eine ausführliche Beratung und dann auch zügige Umsetzungen derselben stattgefunden hat. Die Stimmung im Parlament und den Ausschüssen war hervorragend.

Eine negative Erfahrung ist allerdings, dass man mit diesem HH heftigen Überraschungen ausgesetzt war. Auch er erläutert kurz die Auffassung seiner Fraktion.

Stadtverordneter Bausch erklärt, dass er einiges von den Ausführungen der Vorredner nachvollziehen kann, aber im Allgemeinen noch zufrieden mit dem HH ist. Alle – fraktionsübergreifend - sind bemüht für die Stadt das Beste zu tun.

Stadtverordnete Lodde teilt mit, dass auch sie bestätigen kann, dass die Beratungen hervorragend abgehalten wurden. Durch die Art der jetzigen HH-Führung (Doppik) ist doch sehr viel mehr Transparenz vorhanden als durch das vorherige Modell der HH-Führung. Auch sie trägt die Meinung ihrer Fraktion vor und geht auch kurz auf die Ausführungen der Stadtverordneten Fischer und Dr. Schütz ein.

Bgm. König erklärt, dass er sich bei diesem HH und auch bei den Beratungen gewundert habe, dass sich Änderungen ergeben haben, die aufgrund von Änderungen von außen erfolgt sind. Daher war es auch sehr schwierig einen geraden Weg bei den Beratungen zu gehen. Zum HH-Sicherungskonzept erklärt er, dass bisher noch keinerlei Erfahrungen vorhanden waren und evtl. ein falscher Eindruck entstanden ist, dass kein konkretes Konzept vorhanden sei. Über die Ausführungen des Stadtverordneten Fischer in Bezug auf den Zuschuss zur Anne-Frank Schulsporthalle ist er jedoch verwundert, bedenke man die momentane HH-Situation und den Umstand, dass es hier um eine Kreishalle gehe. Da sei es doch nur natürlich, wenn ein 25%iger Zuschuss nicht ohne weiteres gegeben werden könne. Er kann jedoch berichten, dass die Diskussionen auf Bürgermeisterebene weiter vorangeschritten sind und er auf eine baldige Lösung hofft; 900.000 € sind nicht so einfach zu zahlen. Die Stadt ist in erster Linie dafür da, stadteigene Aufgaben zu lösen und keine Kreisaufgaben.

Stadtverordneter Fischer entgegnet hierzu, dass sicher alle um die beste Lösung ringen.

Stadtverordnete Lodde erklärt, dass man den Ausführungen zu der fehlenden Beratungsgrundlage als Schlampigkeit der Verwaltung auslegen könne und dies sei auf gar keinen Fall so. Die Beratungen waren davon geprägt, den Fragen nachzukommen und zu erläutern.

Dem widerspricht Stadtverordnete Fischer, man habe der Verwaltung keine Schlampigkeit vorgeworfen, aber man sei nach den Beratungen zu dem Ergebnis gelangt, dass diese noch immer nicht zufriedenstellend ausgefallen sind und daher die Beratungsgrundlage supp optimal erscheint und daher die Zustimmung verweigere. Man spiele auch keine beleidigte Leberwurst, weil die Anträge abgelehnt wurden. Er habe auch nicht gefordert, dass der 25%ige Zuschuss gezahlt werden soll; es müsse sich eine Lösung abzeichnen, die sich in der mittelfristigen Finanzplanung niederschlage und dies sei weder da, noch im HH-Sicherungskonzept zu finden.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 91/11/16 ergibt folgendes Ergebnis:

zu a) Haushaltssatzung mit eingearbeiteten Änderungen (5.000 € und Erhöhung der Abschreibungen).  
19 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen



zu b) Stellenplan  
einstimmige Annahme

zu c) Haushalt  
19 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

zu d) Haushaltssicherungskonzept  
19 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Die Abstimmung insgesamt über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 91/11/16 ergibt folgendes Ergebnis:

19 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen; somit ist die Vorlage mit Mehrheit beschlossen.

#### **Zu TOP 4**

**Gefahrenabwehrverordnung über das Führen von Hunden im Naherholungsgebiet „Grube Fernie“ und auf Kinder- und Ballspielplätzen in der Stadt Linden  
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 92/11/16 -**

Bgm. König erläutert die Vorlage; grundsätzlich soll jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass man innerhalb der Stadt Linden etwas gegen Hundehaltung habe.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Heine erklärt, dass er schon im Ausschuss zur Sprache gebracht hat, dass hier wieder über Führen von Hunden gesprochen wird und nicht insgesamt über Naturschutz und Schutz der FFH-Gebiete allgemein nachgedacht wird. Auch kann er sich nicht vorstellen, wie die Ordnungswidrigkeiten geahndet werden sollen. Aus diesen Gründen könne man dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtverordneter Fischer möchte wissen, ob Erfahrungswerte darüber vorliegen, dass zwar diese Hundekotbeutel benutzt, dann aber in der Umgebung einfach entsorgt werden.

Laut Bgm. König sei dies schon vorgekommen. Zu den Ausführungen von Stadtverordneter Heine erklärt er, dass man den Bereich um die Grube Fernie als Naherholungsgebiet schützen müsse. Es sei schon enorm, was der Angelsportverein daraus gemacht habe (Entwicklung vom Baggersee zum Naherholungsgebiet).

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 92/11/16 ergibt bei 28 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung Annahme.

#### **Zu TOP 5**

##### **Verschiedenes**

##### Schützenschneise

Stadtverordneter Dr. Schütz berichtet noch einmal davon, dass die Schützenschneise vermehrt als Durchfahrt benutzt werde, da die Hindernisse nicht mehr vorhanden bzw. bei Seite geräumt wurden und bittet hier um Abhilfe.

Dies wird von Bgm. König zugesagt.

##### Querungshilfe im Bereich des Neubaus Wilhelmstraße 7

Stadtverordnete Lang erinnert daran, dass man hier nach einer besseren Lösung suchen wollte.

Laut Bgm. König musste die geplante Verkehrsschau aufgrund einer Erkrankung abgesetzt werden; ein neuer Termin steht noch nicht fest. Er verspricht nachzufragen.

#### Geschwindigkeitsanzeigegerät

Stadtverordnete Markgraf möchte wissen, ob das Geschwindigkeitsanzeigegerät noch im Einsatz sei.

Laut Bgm. König sei das Gerät aufgrund seines Alters nicht mehr mit der Software kompatibel und daher nicht mehr einsetzbar.

#### Ausbau Ortsdurchfahrt

Stadtverordneter Bausch bittet darum in Schotten nachzufragen, was bei der Ortsdurchfahrt noch zu erledigen sei. Es fehlen die Markierungen zur Fahrbahntrennung. Mehrere Fahrzeugspiegel wurden schon beschädigt, da diese Orientierungslinie fehlt. Außerdem gibt es an zwei Stellen starke Fahrbahnsetzungen. Hier solle ggf. im Rahmen der Gewährleistung Abhilfe geschaffen werden.

Auch dieses wird Bgm. König klären.

#### Buswartehaltestelle Gießener Straße

Stadtverordneter Dr. Schütz teilt mit, dass die mittlere Scheibe des Buswartehäuschens in der Gießener Straße zerbrochen sei und bittet um Austausch.

Auch diese wird Bgm. König veranlassen.

**Ende der Sitzung: 22.25 Uhr**

-----  
Ralf Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

-----  
R. Wolf; Protokollführerin